

Information
nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung
zur Verarbeitung personenbezogener Daten
im Rahmen von Bauleitplanverfahren der Verbandsgemeinde
Bruchmühlbach-Miesau

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB verarbeitet die Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau personenbezogene Daten. Dies betrifft insbesondere die in Ihren Stellungnahmen enthaltenen Angaben (z. B. Name, Anschrift, E-Mail-Adresse sowie weitere freiwillig übermittelte Informationen).

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Verantwortlich für die Verarbeitung der Daten ist die

Verbandsgemeindeverwaltung Bruchmühlbach-Miesau
vertreten durch den Bürgermeister
Herrn Christian Hirsch
Am Rathaus 2
66892 Bruchmühlbach-Miesau
Telefon: 06372/922000
E-Mail: info@vgbm.de

Beauftragte für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Die Datenschutzbeauftragte der Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau erreichen Sie unter

Verbandsgemeindeverwaltung Bruchmühlbach-Miesau
Behördliche Datenschutzbeauftragte
Am Rathaus 2
66892 Bruchmühlbach-Miesau
06372/9220107
datenschutzbeauftragte@vgbm.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DSGVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zum Zweck der Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Bauleitplanverfahrens, insbesondere:

- Prüfung und Auswertung eingehender Stellungnahmen
- Abwägung der vorgebrachten Belange
- Dokumentation und Archivierung des Verfahrens

Rechtsgrundlagen sind:

- Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO (Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung)
- Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse)
- §§ 3 und 4 BauGB
- Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LDStG)

Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Ihre Stellungnahme wird an folgende Stellen weitergegeben, soweit dies für das Verfahren erforderlich ist:

- Verbandsgemeinderat bzw. zuständige Ausschüsse
- Beauftragte Planungsbüros und Fachgutachter
- Beteiligte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

Hinweis: Stellungnahmen werden im Rahmen der Abwägung grundsätzlich nicht anonymisiert verarbeitet. Inhalte und wesentliche Ergebnisse können im Rahmen öffentlicher Sitzungen namentlich behandelt und in Niederschriften dokumentiert werden.

Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens sowie zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungs- und Nachweispflichten erforderlich ist. Nach Abschluss des Verfahrens können die Unterlagen gemäß Landesarchivgesetz Rheinland-Pfalz dauerhaft archiviert werden.

Notwendigkeit der Angaben

Die Angabe von Namen und Anschrift ist nicht gesetzlich verpflichtend, jedoch erforderlich, um:

- Ihre Betroffenheit beurteilen zu können
 - Ihnen eine Rückmeldung über das Ergebnis der Abwägung zu ermöglichen
- Stellungnahmen ohne ausreichende Absenderangaben können bei der Abwägung unberücksichtigt bleiben.

Betroffenenrechte

Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Sie können Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren und zum Verfahrensabschnitt gemacht werden.

Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Ihr Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen,

- insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
- für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
- wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
- oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse (z.B. gesetzmäßige und gleichmäßige Besteuerung) besteht.

Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Sie haben das Recht gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen zu widersprechen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.-Nr.: 0 61 31 / 208-2449, Fax: 0 61 31 / 208-2497, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de .